

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(82. - öffentliche - Sitzung am 19. Januar 2022)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der differenzierten Hochschulautonomie**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/9392](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des – federführenden – Ausschusses für Wissenschaft und Kultur an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 21 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: FDP

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung spielhallenrechtlicher Bestimmungen**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/10441](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des – federführenden – Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 12 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, FDP

3. **Verfassungsgerichtliche Verfahren:
Organstreitverfahren**

der **Mitglieder des Landtages Herr Abg. Stephan Bothe und Herr Abg. Peer Lilienthal**

Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

- Antragsteller -

gegen

1. die **Präsidentin des Niedersächsischen Landtages,
Frau Dr. Gabriele Andretta,**

Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover,

- Antragsgegnerin zu 1 -

2. **den Niedersächsischen Landtag,**

Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover,

- Antragsgegner zu 2 -

wegen Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte aus Artikel 19 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung (hier: Finanzierungsanspruch für fraktionslose Abgeordnete und parlamentarische Gruppen) - **StGH 2/21**

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, beim Staatsgerichtshof für den Antragsgegner zu 2 die Zurückweisung der Anträge der Abgeordneten Bothe und Lilienthal zu beantragen und zur Begründung einen Schriftsatz beizufügen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: -

4. **Verfassungsgerichtliche Verfahren:
Organstreitverfahren**

des **Mitgliedes des Landtages Herrn Abg. Klaus Wichmann**

Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

- Antragsteller -

gegen

den **Niedersächsischen Landtag**

vertreten durch die Landtagspräsidentin Dr. Gabriele Andretta

Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

- Antragsgegner -

wegen Verletzung von Abgeordnetenrechten (Redezeit) und der Verfassungswidrigkeit der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages wegen Verstoßes gegen Artikel 19 der Niedersächsischen Verfassung - **StGH 1/22**

Der Ausschuss begann mit der Beratung.

5. **Entwurf eines Gesetzes zur nachhaltigen Sicherung von Wohlstand, Eigentum und Ressourcen**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/9588](#)

Ein Vertreter des Finanzministeriums nahm ergänzend zu dem Gesetzentwurf Stellung.